



Pressemitteilung

Bündnis fordert vom KMW-Aufsichtsrat: Rechtsstreit um das Kohlekraftwerk endgültig beenden statt ruhenlassen!

Mainz / Wiesbaden, 10.12.2010: Am 15.12.2010 tagt im halbjährlichen Turnus der KMW-Aufsichtsrat. Er hat dann unter anderem über einen Antrag zu befinden, den derzeit laufenden Prozess vor dem OLG Koblenz zur Frage der Rechtmäßigkeit der bisher erteilten Genehmigungen für das geplante Kohlekraftwerk bis auf weiteres ruhen zu lassen. Alle anderen Prozessbeteiligten haben diesem Schritt bereits zugestimmt, nur der KMW-Vorstand wartet noch auf das Votum seines Aufsichtsrates.

Der 2. Vorsitzende des Bündnisses, Meinrad v. Engelberg, erläutert hierzu: "Wir rechnen eigentlich fest damit, dass wenigstens dieser Minimalkonsens erzielt werden kann: es wäre wirklich absolut widersinnig, jetzt einen für alle Seiten teuren Prozess um ein Projekt zu führen, das überhaupt nicht mehr realisiert werden kann bzw. soll!"

Das Bündnis will aber hierbei nicht stehen bleiben, sondern hat in einem **offenen Brief an alle Aufsichtsratsmitglieder (siehe Anlage)** vorgeschlagen, den einzig logischen nächsten Schritt zu tun und den schwebenden Rechtsstreit ganz zu beenden, indem die KMW das Projekt selbst für erledigt erklärt und auf die juristisch umstrittenen Teilbaugenehmigungen verzichtet. Dies wäre gleichbedeutend mit dem definitiven Ende des de facto politisch und finanziell gescheiterten Projekts - und zugleich ein starkes Zeichen der KMW an ihre kommunalen Eigentümer und deren Bürgerschaft, dass man den Konfliktkurs zukünftig nicht mehr fortsetzen will, sondern ernsthaft nach umweltfreundlichen, konsensfähigen Alternativen (wie z.B. einem zweiten GuD-Kraftwerk) sucht.

Engelberg abschließend: "Wenn die Aufsichtsratsmitglieder dem Vorstand diesen Schritt nicht nahelegen sollten, so kann das für uns BürgerInnen nur bedeuten: Die KMW hält unverändert am Kohlekraftwerks-Albtraum fest und will nichts unversucht lassen, das Projekt vor Gericht eben doch noch durchzudrücken – und zwar gegen ihren Miteigentümer, die Stadt Wiesbaden. Wenn das so ist, kann man OB Müller nur in seinem Vorhaben unterstützen, der KMW schnellstmöglich eine andere Rechtsform zu geben, damit sie endlich wieder parlamentarische Voten achtet. SPD Wiesbaden und CDU Mainz stehen ausdrücklich hinter unserem Vorschlag zur endgültigen Beendigung: Schade, dass der Mainzer Stadtrat nicht den Mut hatte, in seiner Sitzung am 08.12. einen entsprechenden Beschluss sofort zu fassen: Der Antrag hierzu wurde in den Umweltausschuss verwiesen, und der tagt erst nach dem KMW-Aufsichtsrat. Hoffen wir mal, dass der auch ohne vorherigen Stadtratsbeschluss mutig, vernünftig und zukunftsfähig entscheidet!"

Anlage (klickbarer Link):

Offener Brief des Vorstands an alle 18 Aufsichtsräte der KMW-AG, Zustellung 08.12.2010:

<http://buendnis-mainz-wiesbaden.de/fileadmin/bmw/Dateien/101208-kmw-ar-offener-brief.pdf>